Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb
Aktenzeichen Nr. 0724/I/01

Beschaffungsverfahren nach § 17 VgV

Lieferung und Einführung

eines Dokumentationssystems (AIS)

für die Ophthalmologie

für die

Klinikum Chemnitz gGmbH

KLINIKUM CHEMNITZ gGmbH

Verfahrensablauf

Inhalt

1. Auftraggeber 2
2. Hintergrund und Gegenstand des Verfahrens 3
2.1 Grob-Projektplan 3
2.2 Leistungsinhalte 3
3. Art des Verfahrens 3
4. Teilnahmeberechtigung / Bewerbergemeinschaften 4
5. Ablauf des Verfahrens 4
6. Teilnahmewettbewerb 6
6.1. Form und Frist der Teilnahmeanträge 6
6.2. Einreichung der Teilnahmeanträge 6
6.3. Teilnahmebedingungen / Eignungskriterien 7
6.3.1. Kriterien: Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung 7
6.3.2. Nichtvorliegen von Ausschlussgründen 7
6.3.3. Kriterien: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit 9
6.3.4. Kriterien: Technische / berufliche Leistungsfähigkeit 9
6.3.5. Einschaltung von Unterauftragnehmern 10
6.3.6. Eignungsleihe 10
6.4. Nachforderung von Unterlagen und Aufklärung 11
7. Prüfung der Eignung auf Teilnahme und Bewertungskriterien 11
8. Weitere Rahmenbedingungen des Verfahrens 12
8.1. Einverständnis der Bieter 12
8.2. Voraussichtliche Zeitplanung 13

1. Auftraggeber

Auftraggeber (AG) und Vergabestelle dieses Verfahrens ist

Klinikum Chemnitz gGmbH
Flemmingstraße 2
09116 Chemnitz
www.klinikumchemnitz.de

Der Zugang zu den Unterlagen des Teilnahmewettbewerbs ist uneingeschränkt möglich unter:

https://www.evergabe.de/

Fragen sind ausschließlich über die Vergabeplattform einzureichen. Die Verfahrenssprache ist Deutsch.

Bereitgestellte Unterlagen / Anlagen zum Veröffentlichungstext:

Anlage 01a Verfahrensablauf (dieses Dokument)
Anlage 01b Bewerbungsbedingungen (KCLW-V06)
Anlage 02 Formblätter 1 - 6
- Formblätter 1: Angaben zum Bewerber / Mitglied der Bewerbergemeinschaft
- Formblätter 2: Erklärungen der Bewerbergemeinschaft
- Formblatt 3: Eigenerklärungen: Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung
- Formblatt 4: Eigenerklärungen: Nichtvorliegen von Ausschlussgründen
- Formblätter 5: Eignungsnachweise: Wirtschaftlich / finanzielle Leistungsfähigkeit
- Formblätter 6: Eignungsnachweise: Technische / berufliche Leistungsfähigkeit

Anlage 03 KCLW - V13 Eigenerklärung zur Eignung (bitte ausfüllen und unterzeichnen sowie die Hinweise im Dokument beachten / es kommt teilweise zu Dopplungen mit den entsprechenden Formblättern)
Anlage 04 KCLW - V13a (EG) Eigenerklärung Anlage BMWK Rundschreiben (bitte ausfüllen und unterzeichnen)
Anlage 05 KCLW - V13b Eigenerklärung / weitere Angaben zum Bieter (bitte ausfüllen und unterzeichnen)
Anlage 06a KCLW - V04 Verzeichnis Unternehmerleistungen (siehe hierzu 6.3.5)
Anlage 06b KCLW - V05 Verpflichtungserklärungen Teilleistungen (siehe hierzu 6.3.5)
Anlage 07 KCLW - V16 Selbstauskunft Lieferkettensorgfaltsgesetz (LkSG)
Anlage 08 ff. Vorabversion Leistungsverzeichnis inkl. Anlagen
Anlage 09 ff. EVB-IT-Systemvertrag inkl. Anlagen
Anlage 10 ff. - Vereinbarung über Auftragsverarbeitung von Daten nach Art. 28 DSGVO (informativ für die Bewerber, da es im Zusammenhang mit einem späteren Zuschlag zum Abschluss dieser Vereinbarung kommt)
- Verpflichtung externer Personen auf das Datengeheimnis

Es gelten die Angaben und Festlegungen des Veröffentlichungstextes zu diesem Vergabeverfahren sowie dessen o. g. Anlagen.

Weitere Auskünfte erteilt die oben genannte Kontaktstelle über die Vergabeplattform.

Alle Unterlagen sind ausschließlich in elektronischer Form über die Vergabeplattform zu übermitteln.

2. Hintergrund und Gegenstand des Verfahrens

Die Klinikum Chemnitz gGmbH ist mit 1785 Betten, 57071 stationären, 5750 teilstationären und 79682 ambulanten Fällen ein Krankenhaus der Maximalversorgung in Chemnitz. Es ist das größte kommunale Krankenhaus in Ostdeutschland und Akademisches Lehrkrankenhaus der Universitäten von Leipzig, Dresden und Prag.

Die Klinikum Chemnitz gGmbH plant die Beschaffung und Einführung eines Dokumentationssystems für die Ophthalmologie. Es soll eine medienbruchfreie Dokumentation in der Augenheilkunde realisiert werden. Alle ärztlichen, pflegerischen und therapeutischen Informationen werden am klinischen Arbeitsplatz erfasst, mit automatischer Übernahme der Daten der betriebenen medizintechnischen Geräte. Das AIS ist im Workflow das zentrale Steuerungsinstrument mit Integration in die vorhandene Systemlandschaft der Augenheilkunde.

Für die Beschaffung wird ein projektspezifisch angepasster EVB-IT-Systemvertrag abgeschlossen. Der entsprechende Vertragsentwurf wird den Angebotsunterlagen für das Erstangebot beigefügt und kann durch den Auftraggeber zum Gegenstand der Vergabeverhandlungen gemacht werden. Einzelheiten werden in den Bewerbungsbedingungen für die Angebotsphase geregelt.

2.1 Grob-Projektplan

Projektstart	Q1/2025
Projektumsetzung	01/2025 – 06/2025

2.2 Leistungsinhalte

Bausteine	Leistungszeiträume
Einführung AIS	Ab Q1/2025
Anbindung / Integration KIS	Ab Q1/2025
Integration / Anbindung Geräte	Ab Q1/2025
Projektmanagement	Ab Q1/2025 bis Abnahme Gesamtsystem
Schulungen	Ab Q1/2025 bis Abnahme Gesamtsystem
Systemserviceleistungen	ab Abnahme Gesamtsystem 60 Monate

3. Art des Verfahrens

Das Verfahren wird gemäß §§ 97 ff. GWB, § 14 Abs. 3 Nr. 3 VgV und § 17 VgV als Verhandlungs-verfahren mit einem vorausgehenden offenen und EU-weiten Teilnahmewettbewerb durchgeführt. Das Verfahren wird in aufeinanderfolgenden Phasen abgewickelt, um die Zahl der Angebote, über die verhandelt wird, anhand der vorgegebenen Zuschlagskriterien zu verringern (§ 17 Abs. 12 VgV).

4. Teilnahmeberechtigung / Bewerbergemeinschaften

Teilnahmeberechtigt sind alle natürlichen und juristischen Personen, die die laut Auftragsbekanntmachung bzw. den o. g. bereitgestellten Unterlagen/Anlagen zum Veröffentlichungstext geforderte Eignung aufweisen und bei denen keine Ausschlussgründe vorliegen.

Bewerbergemeinschaften:

Bewerbergemeinschaften sind zugelassen. Teilnahmeanträgen von Bewerbergemeinschaften müssen folgende Unterlagen beigefügt sein:

a) Ein Verzeichnis der Mitglieder der Bewerbergemeinschaft mit Angaben eines bevollmächtigten Vertreters für den Abschluss und die Durchführung des Vertrags (Formblatt 2.1).

b) Eine von allen Bewerbermitgliedern rechtsverbindlich unterzeichnete Erklärung, dass der bevollmächtigte Vertreter die im Verzeichnis aufgeführten Bewerbermitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt (Formblatt 2.2).

c) Sämtliche Nachweise über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß §§ 123, 124 GWB (Kap. 6.3.2) und über die Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung (Kap. 6.3.1) für alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft (Formblätter).

5. Ablauf des Verfahrens

Das Verfahren wird in verschiedenen Phasen durchgeführt:

1. Phase 1 – Teilnahmewettbewerb

   Interessierte Unternehmen sind in Phase 1 zur Teilnahme am Teilnahmewettbewerb und Abgabe eines Teilnahmeantrages aufgefordert. Die interessierten Unternehmen weisen mit dem Teilnahmeantrag auf Grundlage der vorgegebenen Kriterien ihre Eignung zur Erbringung der ausgeschriebenen Leistungen nach. Alle Teilnehmer, welche form- und fristgerecht ihre Teilnahmeanträge abgegeben haben, nicht gem. §§ 123, 124 GWB ausgeschlossen werden und die im Teilnahmewettbewerb geforderte Eignung nachweisen können, werden zur Angebotsabgabe für Phase 2 aufgefordert.

2. Phase 2 – Verhandlungsverfahren Erstangebote

   Die im Teilnahmewettbewerb ausgewählten Bewerber werden zur Abgabe eines Angebots aufgefordert. Die Vergabeunterlagen werden allen zur Abgabe eines Angebots aufgeforderten Teilnehmern zeitgleich zur Verfügung gestellt. Die im Einzelnen zu erbringenden Leistungen sind in den Vergabeunterlagen und insbesondere im Leistungsverzeichnis dargestellt. Auf Grundlage dieser Unterlagen erarbeiten die Teilnehmer Lösungskonzepte und ein Erstangebot.

   Die form- und fristgerecht eingegangenen Erstangebote werden anhand folgender Zuschlagskriterien bewertet:

   - Preis
   - Qualität

   Innerhalb des Zuschlagskriteriums „Qualität“ werden die Angaben zu den im Leistungsverzeichnis ausgewiesenen Bewertungskriterien und das Gesamtkonzept bewertet.

Anhand dieser Bewertungen wird ein Ranking der Bieter erstellt. Die Einzelheiten zur Bewertung und zur Ermittlung des Ranges ergeben sich aus den Bewertungshinweisen in Kap. 1.4 der Leistungsverzeichnisse (Allgemeine Informationen & Zusammenfassungen (AIZ-BWH)).

Alle Bieter werden nach dieser vorläufigen Wertung der Erstangebote zu einer Bieterpräsentation vor einem Gremium des Auftraggebers eingeladen. Diese Bieterpräsentation wird bewertet und geht in die Gesamtbewertung der Erstangebote ein. Anhand dieser Gesamtbewertung wird ein abschließendes Gesamtranking der Bieter erstellt.

Die Einzelheiten zu den geforderten Inhalten der Präsentation und ihrer Bewertung ergeben sich aus Kap. 1.4.5 und 1.4 der Leistungsverzeichnisse (Allgemeine Informationen & Zusammenfassungen (AIZ-BWH)).

Die Präsentation wird pro Bieter nur einmalig durchgeführt und bewertet. Eine Wiederholung bei den Folgeangeboten und insbesondere bei dem endgültigen Angebot findet nicht statt.

Die Vergabestelle behält sich gemäß §17 Abs. 11 VgV vor, den Auftrag auf der Grundlage der Erstangebote zu vergeben, ohne in Verhandlungen einzutreten.

Im zeitlichen Zusammenhang mit der Präsentation wird eine erste Verhandlungsrunde stattfinden. Gegenstand der Verhandlungen werden voraussichtlich die angebotenen technischen Lösungen als auch die wirtschaftlichen und vertraglichen Rahmenbedingungen sein.

3. Phase 3 – Verhandlungsverfahren Folgeangebote / Verringerung der Zahl der Angebote

   Auf der Grundlage des in Phase 2 ermittelten Gesamtrankings werden mindestens 3 bis maximal 5 der am besten platzierten Bieter zur Beteiligung an der Phase 3 des Verhandlungsverfahrens eingeladen und aufgefordert, ihre Erstangebote zu überarbeiten. Die Vergabestelle macht insoweit von ihrem Recht Gebrauch, die Zahl der Angebote, über die weiterverhandelt werden soll, zu verringern (§ 17 Abs. 12 VgV).

   Der Auftraggeber behält sich vor, nach Prüfung und Wertung der Zweitangebote eine weitere Verhandlungsrunde anzusetzen.

   Der Auftraggeber behält sich darüber hinaus vor, die Zahl der Angebote im weiteren Verfahren nach den in den Leistungsverzeichnissen (Kap. 1.4 AIZ-BWH) beschriebenen Zuschlagskriterien für die Gesamtbewertung der Angebote weiter zu reduzieren.

4. Phase 4 – Verhandlungsverfahren endgültige Angebote (Best-and-Final-Offers)

   Nach Abschluss der Phase 3 des Verhandlungsverfahrens fordert die Vergabestelle die verbliebenen Bieter zur Angabe eines endgültigen Angebots auf.

   Eine Zuschlagserteilung erfolgt auf das wirtschaftlichste Angebot.

Die Einladungen zu den Präsentations- und/oder Verhandlungsterminen erfolgen durch die Vergabestelle jeweils mit einer angemessenen Fristsetzung, wobei auf die Verfügbarkeit der maßgeblichen Personen auf Seiten der Bieter umfassend Rücksicht genommen wird, soweit es der ordnungsgemäße und zügige Ablauf des Vergabeverfahrens erlaubt. Der Auftraggeber behält sich vor, die Präsentations- und Verhandlungstermine ganz oder teilweise unter Nutzung von elektronischen Mitteln (z. B. Web-Konferenz) und unter Beachtung des Gleichbehandlungsgrundsatzes durchzuführen.

6. Teilnahmewettbewerb

6.1. Form und Frist der Teilnahmeanträge

Für die Abgabe des Teilnahmeantrags sind zwingend die in den Anlagen vorgegebenen Formulare zu verwenden und dem Teilnahmeantrag beizufügen. Die Teilnahmeanträge müssen spätestens am

23.08.2024 12:00h **(Teilnahmefrist)**

über das in Ziffer 6.2 angegebenen Verfahren eingehen. Es wird darauf hingewiesen, dass die Bewerber für das rechtzeitige Einstellen der Teilnahmeanträge auf der Vergabeplattform verantwortlich sind.

6.2. Einreichung der Teilnahmeanträge

Der Teilnahmeantrag ist in Textform nach § 126b BGB (Upload, ZIP-Datei etc.) im genutzten Vergabeportal (https://www.evergabe.de) einzureichen.

Der Bewerber muss die einzelnen Bestandteile/Dokumente seines Teilnahmeantrages gemäß Punkt 4 in einer logisch strukturierten Datei-Reihenfolge (bspw. durch Nummerierung am Beginn des Dateinamens) ggf. in Verbindung mit einer Ordnerstruktur als ZIP-Archiv-Datei auf der Vergabeplattform www.evergabe.de einreichen. Sinnvollerweise sollte jedes in sich geschlossene Dokument einer Datei entsprechen.

Die Zusammenfassung mehrerer Dokumente in einer Datei (bspw. PDF) ist zu vermeiden.

Der Teilnahmeantrag muss alle sonstigen geforderten Angaben und Erklärungen enthalten und an den ggf. dafür vorgesehenen Stellen unterschrieben sein.

Teile der Vergabeunterlagen (u. a. Aufgabenstellung, Leistungsverzeichnis/Leistungsbeschreibung, Lastenheft, Vertrag, etc.) werden nur denjenigen Bewerbern, die als Bieter auf der zweiten Stufe des Vergabeverfahrens zugelassen wurden, zur Verfügung gestellt. Dies erfolgt in Übereinstimmung mit den Entscheidungen des OLG Düsseldorf, Beschluss vom 17.10.2018 - VII Verg 26/18, und der VK Westfalen, Beschluss vom 19.07.2019 - VK 2 - 13/19. Der Auftraggeber geht davon aus, dass interessierten Unternehmen im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs sämtliche Informationen zur Verfügung stehen, die erforderlich sind, um ihnen eine Entscheidung über eine Teilnahme am Verfahren zu ermöglichen.

Auf der Vergabeplattform können die Vergabeunterlagen eingesehen und geöffnet werden.

Die Abgabe der Teilnahmeunterlagen erfolgt ausschließlich elektronisch.

Die Bearbeitung und Abgabe sind möglich, nachdem sich die Bewerber kostenlos auf der Plattform registriert haben. Bewerberfragen sind ebenfalls ausschließlich über die Vergabeblattform zu stellen und werden auch darüber beantwortet.

Technische Fragen zur Plattform und Kontakt

Technische Fragen zur Bedienung der Plattform und zur elektronischen Teilnahmeantragsabgabe sind entweder über die Nachrichtenfunktion der Plattform oder via folgende E-Mail-Adresse einzureichen:

hilfe@evergabe.de

6.3. Teilnahmebedingungen / Eignungskriterien

Im Teilnahmeantrag ist die Eignung gemäß den Vorgaben der Auftragsbekanntmachung nachzuweisen. Bewerber sowie Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft haben jeweils die im Einzelnen geforderten Nachweise und Erklärungen mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen. Der Bewerber erkennt mit seinem Teilnahmeantrag alle Bedingungen des Teilnahmewettbewerbs an.

Hinweis für Bewerbergemeinschaften: Die Nachweise zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen sowie die Eignungsnachweise zur Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung sind im Falle einer erklärten Bewerbergemeinschaft jeweils für alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft vorzulegen. Die dazu vorgesehenen Formblätter sind ggf. zu kopieren und es ist darauf kenntlich zu machen, von welchem Bewerbergemeinschaftsmitglied die/der Erklärung/Nachweis stammt.

Für die Nachweise zur Befähigung zur Berufsausübung, dem Nichtvorliegen von Ausschlussgründen, zur wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit und zur technischen / beruflichen Leistungsfähigkeit sind die den Teilnahmeformularen beigefügten Formblätter zu verwenden.

Soweit möglich ist auch die Nutzung der einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE) alternativ zulässig.

Alle Nachweise müssen in deutscher oder englischer Sprache vorgelegt werden und dürfen nicht älter als 6 Monate sein. Für Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise, die nicht in deutscher oder englischer Sprache abgefasst sind (z. B. gleichwertige Bescheinigungen ausländischer Behörden), sind neben Kopien der fremdsprachigen Originale auch beglaubigte deutsche Übersetzungen vorzulegen.

6.3.1. Kriterien: Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung

1. Eigenerklärung über die Verpflichtung zur Eintragung in ein Handels- oder Berufsregister; bei bestehender Verpflichtung unter Angabe der HR-Nummer.

Für die Abgabe der Eigenerklärungen zum Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung ist **Formblatt 3** zu verwenden.

6.3.2. Nichtvorliegen von Ausschlussgründen

1. Eigenerklärung, dass für das Unternehmen keine Ausschlussgründe nach § 123 Absatz 1 bis 3 GWB, § 42 VgV vorliegen bzw. § 125 GWB Maßnahmen zur Selbstreinigung erfolgt sind.
2. Eigenerklärung, dass für das Unternehmen keine Ausschlussgründe nach § 123 Absatz 4 und § 124 Absatz 1 Nr. 2 GWB vorliegen.
3. Eigenerklärung, dass das Unternehmen den gesetzlichen Pflichten zur Zahlung der vom Finanzamt erhobenen Steuern sowie der Zahlung der Beiträge zur Sozialversicherung (Kranken-, Renten-, Unfall-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung) sowie der Berufsgenossenschaft vollständig und pünktlich nachgekommen ist.
4. Eigenerklärung, dass über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt oder dieser Antrag nicht mangels Masse abgelehnt worden ist.
5. Eigenerklärung, dass sich das Unternehmen nicht in Liquidation befindet.

6. Eigenerklärung, dass ich / wir keine schweren Verfehlungen begangen haben, die meine / unsere Zuverlässigkeit als Bieter in Frage stellen.
7. Eigenerklärung, dass ich / wir im Vergabeverfahren nicht vorsätzlich unzutreffende Erklärungen in Bezug auf meine/unsere Eignung abgegeben habe(n).
8. Eigenerklärung, dass für das Unternehmen keine Voraussetzungen für einen Ausschluss nach AEntG, § 21 SchwarzArbG, MiLoG.
9. Eigenerklärung, dass das Unternehmen sich verpflichtet, die Obliegenheiten gemäß Verpflichtungsgesetz (VerpflG) gewissenhaft zu erfüllen.
10. Eigenerklärung, dass das Unternehmen die Einhaltung des Bundes- und des Landesdatenschutzgesetzes und der EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) zusichert.
11. Eigenerklärung, dass für das Unternehmen kein Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift Verordnung (EU) 2022/576 besteht.
    Ein Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift besteht
    a) durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers/Bieters in Russland,
    b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50 Prozent,
    c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutreffen.

Für die Abgabe der Eigenerklärungen zum Nachweis des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen ist **Formblatt 4** zu verwenden.

Falls die vorstehenden Erklärungen nicht oder nur eingeschränkt abgegeben werden können, ist auf einer eigens zu erstellenden gesonderten Anlage zu diesem Formblatt darzulegen, welche Ausschlussgründe betroffen sind und welche Maßnahmen zur Selbstreinigung im Sinne des § 125 Abs. 1 Satz 1 und § 123 Abs. 4 Satz 2 GWB ergriffen wurden.

6.3.3. Kriterien: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

1. Eigenerklärung über den kumulierten Umsatz über die letzten drei Geschäftsjahre bezüglich der besonderen Leistungsart, die Gegenstand der Vergabe ist. Gefordert ist die u.a. Mindestumsatzhöhe:

Kumulierter Umsatz über drei Geschäftsjahre	3.000.000,00 EUR

2. Nachweis zur entsprechenden Betriebshaftpflichtversicherungsdeckung durch Vorlage der aktuellen Police (in Kopie) bzw. Versicherungsbestätigung mit Angabe der Deckungssummen. Alternativ genügt die Eigenerklärung, dass im Auftragsfalle eine entsprechende Versicherung abgeschlossen wird. Gefordert sind die u.a. Mindestdeckungssummen in Euro:

Personen- und Sachschäden pro Schadenfall	5.000.000,00 EUR
Personen- und Sachschäden Gesamthaftungssumme pro Jahr	10.000.000,00 EUR
Vermögensschäden pro Schadenfall	1.500.000,00 EUR
Vermögenschäden Gesamthaftungssumme pro Jahr	3.000.000,00 EUR

Ein Unterschreiten dieser Mindestdeckungssummen führt zum Ausschluss.

Für die Abgabe der Erklärungen und Nachweise zur wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit sind die den Teilnahmewettbewerbsunterlagen beigefügten **Formblätter 5.1 und 5.2** zu verwenden.

6.3.4. Kriterien: Technische / berufliche Leistungsfähigkeit

1. Eigenerklärung über die Gesamtzahl der Mitarbeiter des Unternehmens sowie über die Anzahl der Mitarbeiter in dem Bereich der besonderen Leistungsart, die Gegenstand der Vergabe ist, jeweils bezogen auf die letzten drei Geschäftsjahre.

2. Nachweis über das Bestehen einer Zertifizierung im Bereich der Qualitätssicherung nach DIN EN ISO 9000 ff., EFQM oder vergleichbar (bei Bewerbergemeinschaften mindestens für ein Mitglied).

Für die Abgabe der Erklärungen zur technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit sind die den Teilnahmewettbewerbsunterlagen beigefügten **Formblätter 6** "Eignungsnachweise: Technische / berufliche Leistungsfähigkeit" zu verwenden

6.3.4.1 Zusätzlich geforderte Mindeststandards

1. Nachweis über mindestens ein (1) (KO-Kriterium) erfolgreich durchgeführtes Projekt im aktuellen Routinebetrieb in einer Augenklinik mit mindestens 30 stationären Betten und Einsatz im ambulanten Bereich mit deutschsprachigem Support.

2. Nachweis über mindestens eine (1) (KO-Kriterium) erfolgreich durchgeführte Integration/Anbindung in/an das KIS i.s.h.med auf Basis des HL7-Standards (mind. ADT und abrechnungsrelevante Daten) im aktuellen Routinebetrieb in einem Krankenhaus mit deutschsprachigem Support.

Es werden zwei unterschiedliche Referenzen gefordert. Die Referenzprojekte müssen jeweils aus den letzten höchstens drei Jahren vor dem Zeitpunkt der Auftragsbekanntmachung stammen. Stichtag für das Maximalalter der Referenz ist der Tag der Gesamtabnahme des AIS durch den Referenzgeber.

Die geforderten Referenzprojekte müssen jeweils aus den letzten höchstens fünf Jahren vor dem Zeitpunkt der Auftragsbekanntmachung stammen. Stichtag für das Maximalalter der Referenz ist der Tag der Gesamtabnahme des AIS durch den Referenzgeber.

Für die Abgabe der Erklärungen zur technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit sind die den Teilnahmewettbewerbsunterlagen beigefügten **Formblätter 6** "Eignungsnachweise: Technische / berufliche Leistungsfähigkeit" zu verwenden.

Details zu den Anforderungen an die einzelnen Nachweise entnehmen Sie bitte den beigefügten Formblättern 6.

6.3.5. Einschaltung von Unterauftragnehmern

Beabsichtigt der Bewerber, Teile der Leistung von Nach- bzw. Unterauftragnehmern ausführen zu lassen, so sind neben dem Formblatt 1.1.1 auch die Anlagen 05 & 06 (siehe oben / KCLW - V04 & KCLW - V05) mit Teilnahmeantragsstellung ausgefüllt und unterzeichnet (KCLW-V05 pro Nachauftragnehmer jeweils 1x) einzureichen (auch wenn sich die Angaben in den Dokumenten dann teils doppeln).
Sofern ein Bewerber Nachauftragnehmer einschalten will, bietet er/sie die Leistung (später) als Generalunternehmer (GU) an.
Bei der Einschaltung von Nachauftragnehmern haftet der Auftragnehmer (als GU) für die ordnungsgemäße Gesamtabwicklung des Auftrags.
Werden die im Rahmen dieses Teilnahmewettbewerbs gestellten Eignungsanforderungen nicht vom Generalunternehmer, sondern nur unter Berücksichtigung von benannten Nachauftragnehmern erfüllt, ist eine (spätere) Angebotsabgabe nur unter Beteiligung dieser Nachauftragnehmer möglich. Eine Nichtbeteiligung und Nichtbenennung im Rahmen der (späteren) Angebotsabgabe würde zum Ausschluss des Angebotes von der weiteren Wertung führen.
Der Auftraggeber behält sich vor, von den Bietern, deren Angebote in die engere Wahl kommen, zu verlangen, die Unterauftragnehmer vor Zuschlagserteilung zu benennen und nachzuweisen, dass ihnen die erforderlichen Mittel dieser Unterauftragnehmer zur Verfügung stehen.

6.3.6. Eignungsleihe

Ein Bewerber kann im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle sowie die technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen (Eignungsleihe), wenn er nachweist, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden. Im Fall der Eignungsleihe sind die jeweiligen Angaben und/oder Nachweise, hinsichtlich derer sich der Bewerber auf die Kapazitäten des anderen Unternehmens beruft,

von dem Eignungsverleiher vorzulegen. Der AG behält sich vor, eine entsprechende Verpflichtungserklärung des eignungsverleihenden Unternehmens vor Auftragserteilung zu fordern. Auf § 47 VgV wird verwiesen.

6.4. Nachforderung von Unterlagen und Aufklärung

Die Vergabestelle behält sich vor, den Bewerber bis zum Abschluss der Auswertung der Teilnahmeanträge mit einer angemessenen Nachfrist aufzufordern, unvollständige, fehlende oder fehlerhafte Erklärungen, Nachweise oder sonstige Unterlagen nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren.

Werden diese Erklärungen, Nachweise oder sonstige Unterlagen bis zum Ablauf der Nachfrist nicht beigebracht, führt dies zum Ausschluss des Teilnahmeantrags. Ein Anspruch auf Nachforderung besteht nicht.

7. Prüfung der Eignung auf Teilnahme und Bewertungskriterien

Die Prüfung der Bewerber auf Eignung und die spätere Wertung der Angebote erfolgt gemäß §§ 56 ff VgV.

Zur Auswahl der Bewerber, die am weiteren Verfahren teilnehmen, werden in der ersten Phase dieses Verfahrens (Teilnahmewettbewerb) nacheinander die folgenden Prüfungen durchgeführt.

1. Formale Prüfung der Teilnahmeanträge (insbesondere Form und Frist).
2. Prüfung der Bewerberangaben auf Vollständigkeit.
3. Prüfung der Nachweise zur Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung gemäß Kap. 6.3.1 (es gilt Formblatt 3 der Anlagen).
4. Prüfung der Nachweise zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß Kap. 6.3.2 (es gilt Formblatt 4 der Anlagen).
5. Prüfung der Nachweise zur wirtschaftlichen / finanziellen Leistungsfähigkeit gemäß Kap. 6.3.3 (es gelten die Formblätter 5.1 und 5.2 der Anlagen).
6. Prüfung der Eignungskriterien „Technische / berufliche Leistungsfähigkeit“ gemäß Kap. 6.3.4 (es gelten die Formblätter 6 der Anlagen), insbesondere ob die geforderten Mindeststandards erfüllt sind.

In der zweiten Phase des Verfahrens fordert der Auftraggeber alle Bewerber, welche form- und fristgerechte Teilnahmeanträge abgegeben haben, nicht gem. §§ 123 und 124 GWB auszuschließen sind und die im Teilnahmewettbewerb geforderte Eignung nachweisen können, auf, ein Angebot einzureichen.

Die Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebotes erfolgt in mehreren Phasen zur Reduzierung der Teilnehmerzahl anhand der Zuschlagskriterien Preis und Qualität. Die Einzelheiten dazu sind oben unter Kap. 5 - Ablauf des Verfahrens sowie in Kap. 1.4 der Leistungsverzeichnisse - Bewertungshinweise in den zu den Vergabeunterlagen gehörenden Allgemeinen Informationen & Zusammenfassungen (AIZ-BWH) beschrieben.

8. Weitere Rahmenbedingungen des Verfahrens

8.1. Einverständnis der Bieter

Jeder am Verfahren beteiligte Bieter erklärt sich durch seine Beteiligung und Mitwirkung mit den vorliegenden Verfahrensbedingungen einverstanden. Dem Bieter ist bekannt, dass personenbezogene Daten seiner Mitarbeiter im Zusammenhang mit dem o.g. Verfahren in Form einer automatisierten Datei geführt werden. Eingetragen werden Name, Vertreter, Anschrift, Telefon und Berufsbezeichnung. Nach Abschluss des Verfahrens werden diese Daten entsprechend den datenschutzrechtlichen Bestimmungen gelöscht. Es wird auf die beigefügten Datenschutzhinweise für das Vergabeverfahren verwiesen.

Verlautbarungen jeder Art über Inhalt und Ablauf des Verfahrens vor und während der Laufzeit des gesamten Vergabeverfahrens (sowie Angebots- und Verhandlungsphasen) dürfen nur durch die Vergabestelle und ihre Bevollmächtigten abgegeben werden.

Jeder Bieter / Bieter hat mit Übersendung von Unterlagen in der Angebots- und Verhandlungsphase diejenigen Unterlagen deutlich kenntlich zu machen, die Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse enthalten und in welche nach Auffassung des Bieters / Bieters daher im Falle eines vergaberechtlichen Nachprüfungsverfahrens die Akteneinsicht durch Dritte zu versagen ist.

Die in diesen Vergabeunterlagen enthaltenen Informationen dürfen nur zur Erstellung eines diesbezüglichen Angebots verwendet werden. Die dargestellten Daten des Auftraggebers sind streng vertraulich zu behandeln. Jede weitere Verwendung, Verwertung, Veröffentlichung, Vervielfältigung oder Verbreitung, sowohl in unveränderter als auch in abgeänderter oder erweiterter Fassung, auch auszugsweise, ist nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung des Auftraggebers gestattet. Auch nach Beendigung der Angebotsphase hat der Anbieter über die ihm bei seiner Tätigkeit bekannt gewordenen dienstlichen und geschäftlichen Angelegenheiten Verschwiegenheit zu bewahren.

Alle Angaben zur Unternehmensdarstellung des Anbieters werden durch die Vergabestelle streng vertraulich behandelt. Sie werden nur den mit dieser Beschaffung befassten Personen bekannt gemacht. Die Verwendung der gemachten Angaben erfolgt ausschließlich zum Zweck der Bewertung des Unternehmens im Rahmen dieser Beschaffung. Jede weitere Auswertung wird ausdrücklich ausgeschlossen.

8.2. Voraussichtliche Zeitplanung

Die Vorgehensweise und Zeitplanung für das Verfahren sowie die Umsetzung ist wie folgt geplant:

Nr.	Bezeichnung	Datum für den AG	Datum für den Bewerber/Anbieter
1.	Absendung der Bekanntmachung	23.07.2024	
2.	Frist zur Einreichung von Aufklärungsfragen		12.08.2024
3.	Beantwortung rechtzeitig eingegangener Aufklärungsfragen	16.08.2024	
4.	Frist für die Einreichung des Antrags auf Teilnahme		23.08.2024
5.	Versand der Aufforderung zur Angebotsabgabe	30.08.2024	
6.	Frist zur Einreichung von Aufklärungsfragen		17.09.2024
7.	Beantwortung rechtzeitig eingegangener Aufklärungsfragen	23.09.2024	
8.	Frist für die Einreichung der Angebote		01.10.2024
9.	Bieterpräsentation, Tag 1	28.10.2024	28.10.2024
10.	Bieterpräsentation, Tag 2	29.10.2024	29.10.2024
11.	Versand der Aufforderung zur BAFO	04.11.2024	
12.	Frist zur Einreichung von Aufklärungsfragen		08.11.2024
13.	Beantwortung rechtzeitig eingegangener Aufklärungsfragen	12.11.2024	
14.	Angebotsfrist BAFO		15.11.2024
15.	Versand Vorinformation (§ 134 GWB)	09.12.2024	
16.	Zuschlags-/Bindefrist		20.12.2024
17.	Frühester Ausführungs- bzw. Lieferbeginn	06.01.2025	06.01.2025

Der Auftraggeber behält sich ausdrücklich Terminverschiebungen vor und teilt diese den Bietern zeitnah mit.